

Vom Fachausschussprecher genehmigtes

Protokoll Nr. 24 (2019-2023)

der öffentlichen Hybrid-Sitzung des Fachausschusses „Bau, Verkehr und Umwelt“ des Beirats Vahr am 17.04.2023 im Ortsamt

Beginn: 18:00 Uhr Ende: 20:45 Uhr

Anwesend waren:

a) vom Fachausschuss Dr. Tim Haga
 Anja von Hagen
 Oliver Saake
 Bernd Siegel
 Nikolai Simson
 Dennis Waschitzek

b) als beratendes Fachausschussmitglied
 Jens Emigholz

c) vom Ortsamt Ralf Möller
 Thomas Berger

Gäste Fabian Hollmann und Tim Nobel (wesernetz Bremen GmbH) sowie
 Frank Scheper (Glasfaser Nordwest) (zu TOP 1)
 Monika Osteresch (Umweltbetrieb Bremen (UBB)) (zu TOP 2 + 3)

Das Protokoll Nr. 23 der Fachausschusssitzung am 08.03.2023 wird genehmigt.

Die vorgelegte Tagesordnung wird umgestellt. Die neue Reihenfolge der ersten drei TOPs ist wie folgt: TOP 1 „Ausbau der Glasfasernetze in der Vahr“, TOP 2 „Baumschutz im Rahmen des Baus der Fernwärmeverbindungsleitung“ und TOP 3 „Bilanzierung Baumfällungen und -neupflanzungen des Umweltbetriebs Bremen (UBB)“. Mit dieser Änderung wird die Tagesordnung genehmigt.

TOP 1: Ausbau der Glasfasernetze in der Vahr

Frank Scheper und Tim Nobel stellen an Hand einer Präsentation den geplanten Ausbau der Glasfasernetze in der Gartenstadt Vahr (Kurfürstenviertel) und der Neue Vahr Südost vor.¹

Auf Nachfragen erwidern Frank Scheper und Tim Nobel sowie Fabian Hollmann:

- Die farblich markierten Bereiche in der Präsentation würden umfassend ausgebaut, es würden keine einzelnen Straßen oder Grundstücke ausgespart;
- andere Netzbetreiber könnten diskriminierungsfrei das Netz nutzen;
- die Vermarktung des neuen Netzes erfolge frühestens parallel zum Bau, in der Regel aber erst anschließend;
- die Gehäuse für die Netzverteilung könnten gerne nach vorheriger Rücksprache farblich gestaltet werden;
- soweit bereits vorhanden werde beim Ausbau auf Leerrohre zugegriffen, ansonsten würde komplett neu verlegt;
- Baumaßnahmen von Seiten Dritter würden berücksichtigt, um unnötige Bautätigkeiten in den Straßen zu vermeiden. Der Austausch mit dem Amt für Straßen und Verkehr (ASV) sei gewährleistet;
- ebenso fänden Begehungen mit dem Umweltbetrieb Bremen (UBB) statt, um den Baum-

¹ Die Präsentation ist als **Anlage 1** diesem Protokoll angefügt.

schutz sicher zu stellen. Alle Baumwurzeln würden gleichbehandelt, auch von privatem Grund hereinragende Wurzeln würden geschützt;

- das Glasfaserkabel werde in einer Tiefe von etwa 30 cm verlegt, die Baugrube werde etwa 30 cm breit sein;
- ein Strang mit Glasfaserkabeln habe einen Durchmesser von max. 50 mm.

Ergänzend weist Ralf Möller darauf hin, dass der Umgang mit Baumwurzeln - bis zu welcher Dicke Wurzeln bspw. gekappt werden dürften - Bestandteil der geschlossenen Verträge sei.

TOP 2: Baumschutz im Rahmen des Baus der Fernwärmeverbindungsleitung²

Ergänzend zu den bereits vorliegenden Antworten erläutert Monika Osteresch:

- Die Eingriffe in den Baumbestand seien zum Teil massiv gewesen;
- die sieben zusätzlich gefälltten Bäume seien in der Planungsphase noch nicht dargestellt worden. Sie müssten über den bisher vereinbarten Umfang hinaus ausgeglichen werden. Die Standorte für die erforderlichen Nachpflanzungen seien noch nicht bekannt;
- UBB seien vor Ort bei Sanktionen Grenzen gesetzt, da die Fachaufsicht bei der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau (SKUMS) liege. Als Resümee aus der Baumaßnahme lasse sich sagen, dass die Kooperation zwischen UBB und SKUMS verbessert werden müsse, damit schneller reagiert werden könne.

Auf eine Nachfrage erwidert Monika Osteresch, dass die sieben zusätzlich gefälltten Bäume in der Planung nicht als „gefährdet“ eingestuft worden seien.

TOP 3: Bilanzierung Baumfällungen und -neupflanzungen des Umweltbetriebs Bremen (UBB)³

Ergänzend zu den bereits vorliegenden Antworten erläutert Monika Osteresch:

- UBB werde gerne noch weitere Nachpflanzungen vornehmen, diese dann aber erst im Herbst 2023;
- 2020/ 21 habe UBB auf zusätzliche Mittel für Nachpflanzungen zugreifen können. Dies sei aktuell nicht mehr der Fall, so dass das Budget nicht ausreichend sei und sich eine Diskrepanz zwischen Fällungen und Nachpflanzungen ergebe;
- die Entwicklungspflege für nachgepflanzte Bäume sei verlängert worden.

Auf Nachfragen entgegnet Monika Osteresch:

- 20 aus Konkurrenzgründen zur Fällung vorgesehene Bäume seien zurückgestellt worden, so dass die Zahl der gefälltten Bäume geringer ausfalle als zuvor angekündigt;
- während der Zeit des Sommerfällverbots (01.03 bis 30.09.) würden nur die dringendsten Fällungen vorgenommen, z.B. wenn durch Sturmschäden oder massiven Pilzbefall die Verkehrssicherheit nicht mehr gegeben sei. In Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde werde mit Blick auf betroffene Tiere eine Abwägung vorgenommen, hier sei das Bundesnaturschutzgesetz maßgeblich;
- während der Fällsaison könne sich die Zahl der zu fällenden Bäume nochmals ändern, weil Bäume anders als zuvor bewertet würden oder durch Baumaßnahmen weitere Bäume hinzukämen;
- UBB lege vor Beginn der Fällsaison voraussichtliche Zahlen vor und ziehe nach deren Ende eine Bilanz. Sie strebe an, dass dies besser an die Beiräte kommuniziert werde;
- bei den Nachpflanzungen würden Straßenbäume vorrangig behandelt. Für die Nachpflanzung eines Straßenbaums inkl. einer fünfjährigen Entwicklungspflege würden € 5.700 veranschlagt, für eine Nachpflanzung in Grünanlagen € 2.850. Bei Nachpflanzungen stoße UBB auch an personelle Grenzen, so dass es selbst bei einem ausreichenden finanziellen Budget Zeit brauchen würde, die nötigen Nachpflanzungen vorzunehmen;
- die durch den Bau der Fernwärmeverbindungsleitung gefälltten Bäume und die dafür

² Das Ortsamt hatte vorab Fragen an UBB gerichtet. Die Antwort von UBB ging den Gremienmitgliedern vorab zu und ist als **Anlage 2** diesem Protokoll angefügt.

³ Das Ortsamt hatte vorab Fragen an UBB gerichtet. Die Antwort von UBB ging den Gremienmitgliedern vorab zu und ist als **Anlage 3** diesem Protokoll angefügt.

- erforderlichen Nachpflanzungen würden gesondert bilanziert;
- eine rückblickende Bilanz für die letzten fünf Jahre werde sie nachreichen;
- die UBB entstehenden Kosten für Fällungen und Nachpflanzungen seien leicht gestiegen. Die Kostenentwicklung für 2023 können sie noch nicht abschätzen;
- es werde nicht eine konkrete Zahl von Bäumen im Bestand angestrebt. Maßgeblich sei das Konzept Stadtbäume.

Anschließend verständigt sich der Fachausschuss einstimmig auf folgenden Beschluss:

Der Beirat Vahr fordert die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau auf,

- Nachpflanzungen für zuvor gefällt Bäumen grundsätzlich im Stadtteil vorzunehmen. Dies betrifft insbesondere Nachpflanzungen, die im Rahmen des Baus der Fernwärmeverbindungsleitung vorzunehmen sind;
- dem Beirat regelmäßig und wiederkehrend zum Ende der Fällsaison über die Zahl der tatsächlich vorgenommenen Baumfällungen und über die Zahl der vorzunehmenden Baumnachpflanzungen zu berichten und
- zum Zweck der besseren Vergleichbarkeit hierbei die Zahlen der zurückliegenden fünf Jahre mit aufzuführen.

TOP 4: Kreuzung Kurt-Schumacher-Allee/ Karl-Kautsky-Straße

Volker Fahlbusch (Polizeirevier Vahr) berichtet, dass es am 23.03.2023 zu einem schweren Verkehrsunfall gekommen sei, weil ein junges Mädchen versucht habe, trotz Rotlicht die Straße zu überqueren. Das Mädchen sei schwer verletzt worden.

Er habe den Eindruck, dass sich die Sicherheit an der Kreuzung nicht verbessert habe. Er bedauere es, dass sich die auch von der Polizei angeregte vorgeschaltete Lichtsignalanlage (LSA) auf Höhe der Bürgermeister-Reuter-Straße stadteinwärts nicht habe durchsetzen lassen.

Diese Einschätzung wird von mehreren Gremien-Mitgliedern geteilt. Es gebe nach wie vor zahlreiche Personen, die trotz Rotlicht die Straße überquerten, auch den Bereich der Straßenbahnschienen. Für eine Umgestaltung der Kreuzung sollte von den Fußgänger*innen aus gedacht und der motorisierte Verkehr insgesamt verlangsamt werden.

TOP 5: Anhörung zur Installation von Ladesäulen am Heideplatz (Antrag der Firma Eulekro sowie Antrag der Firma Qwello Rhein-Main GmbH)⁴

Ralf Möller berichtet, dass der Umstand, dass sich zwei Firmen für denselben Standort bewerben, das Ortsamt zu einer Rückfrage beim Amt für Straßen und Verkehr (ASV) veranlasst habe. Das ASV habe erwidert, dass es nur die verkehrsrechtliche Zulässigkeit prüfe, diese sei hier gegeben. Außerdem sei es politischer Wille, die Zahl der Ladestationen auszuweiten.

Die Firma Eulekro habe auf Nachfrage mitgeteilt, dass

- ihr bekannt sei, dass es einen Mitbewerber gebe;
- sie sechs Ladepunkte beantragt habe, das ASV aber mitgeteilt habe, dass sich zu Gunsten eines allgemeinen Behindertenparkplatzes nur fünf umsetzen ließen und
- es bereits eine Zusammenarbeit mit dem Carsharing-Anbieter cambio gebe und mit cambio geklärt werde, ob die beiden dortigen Carsharing-Stellplätze mit elektrifiziert werden sollen.

Der Fachausschuss kommt überein, eine Entscheidung zurückzustellen bzw. den Beirat auf dessen Sitzung am 09.05.2023 um eine abschließende Stellungnahme zu bitten und den beiden Firmen zunächst folgende Fragen vorzulegen:

- Wie viele der jetzt vorhandenen Stellplätze fallen durch die geplanten Ladesäulen weg?
- Sollen alle Ladesäulen in einem Vorgang aufgebaut werden oder soll das Vorhaben schrittweise umgesetzt werden?
- Ist den Firmen bekannt, dass sich für den Standort Heideplatz eine weitere Firma beworben hat, um dort E-Ladesäulen aufzustellen?

⁴ Die Anträge der beiden Firmen sind als **Anlagen 4a und 4b** diesem Protokoll angefügt.

- Gehen die Firmen davon aus, dass das vorhandene Stromnetz für die anzunehmende Anzahl von Ladevorgängen ausgelegt ist?

TOP 6: Wendehammer mit Parkstreifen

Ralf Möller erinnert daran, dass das Gremium in der Sitzung am 08.02.2023 das ASV gebeten habe, die Wendehämmer in der Neuen Vahr dahingehend zu prüfen, ob das tatsächlich praktizierte Parken senkrecht zur Bordsteinkante legalisiert werden könne, ohne dass die Funktion als Wendehammer beeinträchtigt würde.⁵ Das ASV habe erwidert, dass eine Vielzahl von Wendehämmern betroffen wäre und das ASV deshalb um eine überschaubare Anzahl von Örtlichkeiten, die zunächst geprüft werden sollen, bitte.

Deshalb kommt das Gremium überein, zunächst folgende Standorte prüfen zu lassen:

- Julius-Leber-Straße, Wendehammer am Ende der Straße;
- Friedrich-Stampfer-Straße, Wendehammer am Ende der Straße;
- Heinrich-Schulz-Straße, Parkbucht neben dem Wohnblock Nr. 22-24;
- Carl-Goerdeler-Straße, Wendehammer in der Parkbucht vor Haus Nr. 4.

TOP 7: Verschiedenes

Dr. Tim Haga bedankt sich angesichts der letzten Sitzung des Fachausschusses in der laufenden Legislaturperiode bei allen Gremienmitgliedern und beim Ortsamt für die gute Zusammenarbeit.

Sprecher	Vorsitz	Protokoll
Dr. Haga	Möller	Berger

⁵ Zur Fachausschusssitzung am 08.02.2023 siehe [Protokoll Nr. 22](#) (TOP 1).